

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Zimmerer (Eriakasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 50 M (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen: Für die dreispaltige Beizeile oder deren Raum 75 M, für Versammlungsanzeigen 50 M die Zeile.

Das Opfer der internationalen Kartelle.

Die internationale Kartellierung steht zweifellos erst in ihren Anfängen. Gerade in den letzten Wochen berichten die Zeitungen von Verhandlungen zwischen dem deutschen Chemietrust, der I. G. Farbenindustrie A.-G. und zwischen dem führenden Unternehmen der englischen chemischen Industrie, der Imperial Chemical Industries Ltd. Man spricht bereits von einem deutsch-englischen Chemietrust, ja sogar von einem europäischen Chemikalien-Kartell, das neben der mächtigen Kuhlmann-Gruppe in Frankreich, die Ciba-Gruppe in der Schweiz und die Montecatini in Italien in erster Linie umfassen würde. In einer solchen Situation erscheint es notwendig, einmal die grundsätzliche Frage aufzuwerfen, welchen Nutzen beziehungsweise Schaden die deutsche Volkswirtschaft durch solche internationalen Kartelle bisher erfahren hat. Gerade die Arbeiterschaft hat das Recht, diese Frage einer sehr genauen und eingehenden Prüfung zu unterwerfen, da sie nicht zum ersten Male an ihrem Leibe erfahren würde, daß in der kapitalistischen Wirtschaft zwischen dem Nutzen einer bestimmten Unternehmerschicht und dem Nutzen der Allgemeinheit ein großer Unterschied bestehen kann. Aber noch aus einem andern Grunde ist gerade die Arbeiterschaft für ein solches Prüferamt geeignet. Wir haben niemals Kartelle, Trusts und sonstige industrielle Monopolorganisationen nur mit dem Auge des Spießbürgers gesehen, der nach Polizei und Ausnahmegezet schreit, statt die in diesen Gebilden schlummernden, vorwärtstreibenden Kräfte anzuerkennen. Es braucht kein Wort darüber verloren zu werden, daß Konzentration in einer Wirtschaft, die in einer Atmosphäre von Feindseligkeit, Handelsneid und kleinlicher Mißgunst zu ersticken droht, von allerhöchstem Wert und größtem Nutzen ist. In Konkurrenzkämpfen, die keinem dienen, werden Riesensummen verschlungen; in einem übersteigerten System von Hochschutzzöllen und gegenseitigen Handelsfeindseligkeiten werden nicht Werte erzeugt, sondern Werte vernichtet. Die europäische Wirtschaft, soll sie der gesteigerten Konkurrenz der großen Wirtschaftskörper in Uebersee gewachsen sein, hat Verständigkeit und Zusammenschluß dringend nötig, denn nur so können durch Arbeitsspezialisierung und Verbesserung der Arbeitsmethoden die noch immer allzu hohen Gestehungskosten genügend gesenkt werden. Ueber all diese Fragen haben bei der Arbeiterschaft nie Zweifel und Uneinigkeit bestanden.

Aber auch sachlich scheint uns der gegenwärtige Augenblick der geeignete, um eine solche Diskussion mit Erfolg zu führen. Das internationale Eisenkartell besteht heute lange genug und seit den letzten Verhandlungen dieser internationalen Rohstahlgemeinschaft liegen die Zahlen und Statistiken offen, die die Grundlage einer solchen Auseinandersetzung zu bieten haben. Die Zeitungen und Wirtschaftsblätter haben die Ergebnisse der letzten September-Verhandlungen als einen großen Erfolg für die deutsche Eisenindustrie dargestellt. Tatsächlich gelang es der deutschen Delegation in Fragen des künftigen Ausbaus der Kartellgemeinschaft wesentliche und wichtige Zugeständnisse zu erhalten, die vor allem Vereinbarungen über Schaffung von Verkaufsverbänden für Halbzeug und Träger sowie über die Aufteilung der einzelnen Länderquoten betrafen, während zugleich die Deutschland stark belastenden Strafzahlungen für Ueberproduktion von zwei auf ein Dollar pro Tonne herabgesetzt wurden. Die deutsche Schwerindustrie hat bisher ungeheure Summen als Strafgebühren für Produktionsüberschreitungen im inländischen Verbrauch an die Ausgleichskassen abführen müssen. So zahlte sie allein im dritten Vertragsvierteljahr, also für die

Monate April bis Juni 1927, trotzdem bereits damals die Strafzahlungen von vier auf zwei Dollar pro Tonne herabgesetzt waren, noch immer 6,11 Millionen Dollar, gleich 25,6 Millionen Mark, so daß selbst nach Rückerstattung von 4,43 Millionen Dollar ein tatsächlicher Verlust von 1,68 Millionen Dollar, gleich über 7 Millionen Mark zurückblieb.

Alter und Mensch.

Hingebreitet vor dir liegt das offene Land,
Atmen die Furchen, harren sie deiner Hand,
Daß sie schwingend die Saat in den Acker füt,
Den du mit schwieligen Fäusten gepflügt.
Und du weißt es: der Sturm wird darüber wehn,
Und die Welter, sie werden vorüber gehn,
Und die Halme werden sprießen.
Und eines Tages stehen golden und dicht
Die blühenden Aehren im Sonnenlicht —
Und Brot wird die Menschheit genießen.

Bist du nicht, Mensch, auch offenes Land?
Weh dem, dessen Seele kein Saatkorn fand!
Es wandern die Pflüger wohl her und hin,
Die Säer, sie suchen den fruchtbaren Sinn
Und singen. Sie singen das Lied von der Kraft,
Die sich eint zur gewaltigen Bruderschaft
Und das Schicksal der Trostigen wendet.
Sie singen: den neuen Geist laßt ein,
Und im Sturme wird uns die Frucht gedeihn,
Bis alle Knechtschaft endet.

Es ragen Werke ins Morgenrot,
Die wuchsen empor aus Last und Not,
Die sind gezeugt aus geeinter Macht,
Die hat ein Wille zur Welt gebracht.
O Bruder, schaue, was wird und ist,
Erkenne, erkenne, wie mächtig du bist!

Ernst Preussing.

Dieses Gedicht entnehmen wir dem Kalender
des Deutschen Landarbeiterverbandes.

Aber erst in zusammenhängender Betrachtung vermögen wir die ganze Tragweite dieser deutschen Strafzahlungen erkennen. Dank dieser Strafzahlungen, die vor allem der französischen Eisenindustrie zugute kamen, die mit 12 % hinter ihrer Quote zurückblieb, vermochte diese einen großen Preisvorsprung auf dem Weltmarkt zu erzielen. Mit Hilfe dieser deutschen Gelder konnte die französische Eisenausfuhr durch großzügige Exportzuschüsse auf den Weltmarkt vordringen und hier gerade gegenüber den deutschen Exportinteressen Raum gewinnen. Hinzu kommt, daß die deutsche Schwerindustrie freiwillig den Export abdroffeln mußte und so einen Teil ihrer Ausfuhr aufgab, um die Strafzahlungen nicht allzu sehr anschwellen zu lassen. Auch auf der letzten Septembertagung konnte die Ermäßigung der Strafquote von zwei auf einen Dollar nur durch die Zusage einer weiteren Niedrighaltung des deutschen Exports erkaufte werden. In einer Zeit, in der die deutsche Wirtschaft nach Exportmöglichkeiten schreit, erfolgen vertragsmäßige Exportbeschränkungen!

Das europäische Eisenkartell war mit der deutlich zum Ausdruck gebrachten Absicht abgeschlossen worden, die allgemeine Schleuderausfuhr zu unterbinden und so die niedrigen Weltmarktpreise für Eisenprodukte erheblich zu steigern. Die Form, die man für dieses

Ziel wählte, war bekanntlich das Mengen-Kartell, das im Gegensatz zum Preiskartell nicht die Preishöhe, sondern die Produktionsmengen festsetzt. Man könnte meinen, daß die Vorteile steigender Weltmarktpreise von den deutschen Eisenproduzenten für so wichtig und bemerkenswert erachtet wurden, daß man bereit war, die von uns angeführten Schäden dafür in Kauf zu nehmen. Inzwischen ist aber das Gegenteil eingetreten. Nicht nur konnten die niedrigen Weltmarktpreise, die zur Zeit des Vertragsabschlusses bestanden, nicht erhöht werden, sondern das Fallen der Eisenpreise hat, nicht zuletzt aus den oben angeführten Gründen der Finanzierung fremden Exports aus deutschen Strafgebühren, seitdem ständig zugenommen. Die deutsche Eisenindustrie ist auf dem Weltmarkt ins Hintertreffen gekommen, während zugleich das Preisniveau für Eisenprodukte weiter zurückging. Unter diesen Umständen ist die Frage berechtigt, was denn eigentlich die deutschen Eisenproduzenten so stark an das Rohstahlkartell fesselte, das zwar hohe Geldstrafen auferlegt, aber die Preise nicht hochholten konnte. Das Problem ist nicht vom Gesichtspunkt des Weltmarktes zu lösen, der vielleicht bei den Vertragsverhandlungen aus naheliegenden Entstellungsabsichten bewußt so stark in den Vordergrund geschoben wurde, sondern allein vom Gesichtspunkt des deutschen inneren Marktes aus. Die deutschen Schwerindustriellen wußten wohl, was sie taten, als sie einer ungebührlich niedrig bemessenen deutschen Quote zustimmten, die hohe Strafgebühren und Exporteinschränkungen zur Gewißheit machten. Mochte auch die deutsche Volkswirtschaft dadurch geschädigt werden, mochten weitere Arbeitermassen brotlos werden, kein Opfer war zu groß, um die Monopolstellung im Inland zu sichern. Da aber die ausländischen Vertragspartner dieses Interesse der deutschen Schwerindustrie sehr wohl kannten, so waren sie in der Lage, ständig neue Vorteile zum Nachteil der deutschen Wirtschaft für sich herauszupressen. Man mußte sich verpflichten, den französischen und luxemburgischen Eisenindustrien ein festes Abfahrkontingent in Deutschland zuzusichern, das vom deutschen Eisenkartell zu übernehmen war und an die deutschen Verbraucher zu Inlandspreisen weitergeleitet wurde. Auf diese Weise gelangt heute weit mehr Eisen von Frankreich nach Deutschland hinein, als je in den schlimmsten Zeiten des Frankendumpings über die Grenze kam. Die Einfuhrstatistiken bezeugen, daß die nach Deutschland eingeführten Eisenmengen sich gewaltig seit dem Bestehen des Rohstahlkartells erhöht haben, während die Ausfuhrziffern aus Gründen freiwilliger Beschränkung zurückgingen. Auf das alles aber kam es der deutschen Schwerindustrie nicht an. Mochte die Handelsbilanz sich immer ungünstiger gestalten, mochten die fortgesetzten Zuschüsse an das Ausland, die hohen Einfuhrkontingente, die Millionen an Strafzahlungen, die Verpflichtung zur Exportbeschränkung und die ungebührlichen Quoten zugeständnisse bei den neuen Kartellen noch so sehr die deutsche Volkswirtschaft belasten, den deutschen Eisenproduzenten traf es nicht. Die Kosten dieser Opfer trägt der Verbraucher, auf den das deutsche Eisenkartell nicht nur seine sämtlichen Lasten überwälzt, sondern der durch ständig erhöhte Eisenpreise dazu beitragen muß, die Gewinnbilanzen der Eisenproduzenten enorm günstig zu gestalten. Wir verstehen, daß das internationale Eisenkartell unserer Schwerindustrie durch Einräumung einer unbegrenzten Monopolstellung im Inland Nutzen bringt, wir verstehen aber nicht, daß die deutsche Gesamtheit diesen Dingen bisher so inaktiv und interesselos gegenüber stand!

Das Ergebnis unserer Untersuchungen läßt die Perspektive eines künftigen internationalen Chemikalien-Truffs in wenig rosigem Licht erscheinen, selbst wenn man weiß, daß das Zustandekommen einer solchen Vereinbarung noch keineswegs gesichert ist, daß sogar die äußeren Umstände wesentlich ungünstiger liegen als beim Eisenkartell, so wäre es doch nicht zu entschuldigen, würde man diesen Dingen uninteressiert gegenüberstehen. Gewiß sind Stahl und Eisen verhältnismäßig undifferenzierte Produkte, deren kontinentale Kartellierung darum leicht möglich war, während Chemikalien dagegen außerordentlich verschiedene Erzeugnisse darstellen, deren Zusammenfassung in einen einzigen Oberbegriff sowohl wirtschaftlich als auch technisch ein Unding und eine Unmöglichkeit ist. Aber möglich ist die schrittweise Verständigung auf den einzelnen Hauptproduktionsgebieten zweifellos, so daß eine Auseinandersetzung über die Maßnahmen, die die Wirkungen solcher Vereinbarungen zum Schaden der großen Konsumentenmassen in das Gegenteil umkehren, von eminenter Bedeutung ist. Eins sei hierbei allerdings vorausgestellt. Eine juristische Bekämpfung gemeinschaftlicher Kartelle wird zu keinem Erfolg führen. Wir können zu diesem Mittel kein richtiges Vertrauen mehr haben, seitdem jene großangelegte Kartellaktion der Regierung im Jahre 1925 mit der Verordnung gegen den Mißbrauch „wirtschaftlicher Vormachtstellungen“ so ergebnislos im Sande verickerte. Der gewiegte Kartellsyndikus wird immer im Geseß Maschen finden, durch die er hindurchschlüpfte. Was not tut, ist wirtschaftspolitische Bekämpfung, Anregung von Gegenorganisationen der Konsumenten und vor allem Oeffnung der Handelsgrenzen, damit der frische Wind, der draußen weht, unsere hinter Zollmauern und Kartellvereinbarungen verschimmelnde Wirtschaft einmal wieder gut durchlüftet. Das wird überall da von Erfolg sein, wo internationale Kartelle, wie beispielsweise die Rohstahlgemeinschaft, nur die wichtigsten europäischen Länder umfassen, wo dagegen die Industrien Amerikas und der andern Ueberseeeländer außerhalb der Vereinbarungen stehen. Dieser Typ dürfte für die nähere Zukunft der allein maßgebliche sein, so daß Handelsfreiheit und Zollherabsetzung die ersten und wichtigsten Ziele einer am Verbraucherstandpunkt sich orientierenden Wirtschaftspolitik sein müssen. Wo eine Kartellvereinbarung die gesamte Weltwirtschaft umfaßt, da wird eben deutlich werden, daß der Staat als Schützer der allgemeinen Interessen nicht mehr uninteressiert daneben stehen darf, sondern durch Preisstagen und Wuchergesetze die großen Verbraucherschichten zu schützen hat. Konzentration kann führen zu Preisverbilligung, zu besserer Versorgung und zu verringerter Arbeitslast, aber sie kann auch bewirken eine verschärfte Absatznot, Massenarbeitslosigkeit und eine noch ungerechtere Verteilung des volkswirtschaftlichen Gesamtprodukts. Alles hängt davon ab, in welchem sozialen Milieu die großen Konzentrationsvorgänge der längst über die nationalen Grenzen hinausgewachsenen Industrien durchgeführt werden. Die Arbeitnehmerschaft hat dafür zu sorgen, daß genügend Reserven wirtschaftlicher und politischer Art der Gesellschaft zur Verfügung stehen, um zum Nutzen der Allgemeinheit überall da eingesetzt zu werden, wo das separate Einzelinteresse das Allgemeininteresse zu unterjochen droht.

Dr. Ernst Rölting.

Unsere statistischen Feststellungen

vom 29. Oktober 1927.

883 Zahlstellen haben berichtet und einen Mitgliederbestand von 101 169 nachgewiesen, darunter 12 104 Lehrlinge. Arbeitslos waren 6617 oder 6,54 % und krank 1940 oder 1,92 %. Wie es in den einzelnen Provinzen und Freistaaten steht, zeigt folgende Tabelle:

Provinzen und Staaten	Anzahl der an den Feststellungen				Von den Mitgliedern aus		
	beteiligten		nicht beteiligten		Spalte 8 sind		
	Zahlstellen	Mitglieder	Zahlstellen	Mitglieder	Lehrlinge	arbeitslos	krank
1	2	3	4	5	6	7	8
Ostpreußen.....	52	3663	1	6	557	459	73
Brandenburg.....	97	11902	8	333	1178	749	281
Pommern.....	52	3701	4	133	504	361	70
Grenzmark.....	11	487	—	—	105	96	5
Schlesien.....	87	10032	—	—	1623	846	167
Sachsen.....	74	7014	4	202	825	373	136
Schleswig-Holstein.....	37	2794	7	91	416	242	71
Hannover.....	62	3915	8	236	346	360	67
Westfalen.....	31	3291	—	—	258	100	92
Hessen-Nassau.....	15	2888	6	75	193	196	86
Rheinland.....	26	4544	1	50	284	205	106
Hohenzollern.....	1	24	—	—	5	—	—
Preußen.....	545	54255	39	1126	6294	3987	1154
Bayern.....	77	6493	3	61	530	604	145
„ (Rheinpfalz).....	6	282	—	—	48	29	4
Sachsen (Freistaat).....	62	18629	—	—	2813	549	234
Württemberg.....	14	1942	8	155	119	33	47
Baden.....	12	2318	1	8	273	68	48
Thüringen.....	52	4320	2	105	519	333	110
Hessen.....	9	1059	3	41	129	57	28
Mecklenb.-Schwerin.....	54	2036	—	—	251	110	44
Mecklenb.-Strelitz.....	9	280	1	22	32	35	9
Oldenburg.....	10	794	—	—	131	56	12
Braunschweig.....	12	697	1	39	65	39	11
Anhalt.....	10	821	—	—	129	26	18
Schaumburg-Lippe.....	3	146	—	—	24	7	2
Lippe-Deimold.....	2	105	—	—	10	—	3
Waldeck.....	1	40	—	—	—	1	—
Lübeck.....	1	490	—	—	69	39	3
Bremen.....	1	1263	—	—	125	68	18
Hamburg.....	2	4266	—	—	495	368	29
Deutsches Reich.....	882	100236	58	1557	12056	6409	1919
Danzig.....	1	933	—	—	48	208	21
Insgesamt.....	883	101169	58	1557	12104	6617	1940

Der gesamte Bestand beträgt:

1. Zahlstellen (Spalte 2 und 4)..... 941
2. Mitglieder (Spalte 3 und 5)..... 102 726
3. Lehrlinge (Spalte 3 und 5)..... 12 228

Gegenüber dem vorläufigen Ergebnis der Feststellungen vom 24. September hat sich die Arbeitslosenziffer von 4,24 % auf 6,54 %, die Krankenziffer von 1,78 % auf 1,92 % erhöht.

Das Ergebnis vom 24. September stellt sich, nachdem noch 41 Zahlstellen berichtet haben, wie folgt: In 917 Zahlstellen mit zusammen 101 733 Mitgliedern, darunter 12 048 Lehrlinge, waren 4333 Mitglieder arbeitslos und 1796 krank. — Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 26. Novbr.

Krankenkassenwahlen und Krankenversicherung.

Wie bekannt, finden im Laufe dieses Monats die Wahlen für die Ausschüsse der Krankenkassen statt. Diese Wahlen sind für die Arbeiter höchst wichtig, weil sie nicht nur bestimmend für die Zusammenfassung des Verwaltungssystems der Krankenkassen, sondern auch der übrigen durch die Reichsversicherungsordnung vorgesehenen Versicherungssträger und Versicherungsbehörden sind. Es kommen also neben der Krankenversicherung auch die Invaliden-, Unfall- und Knappschaftsversicherung, ferner die Versicherungsämter, Oberversicherungsämter und das Reichsversicherungsamt in Betracht. Die Vorbereitungen für die Ausschussswahlen der Krankenkassen sind in vollem

Gange, so daß alles für die Entscheidung reif ist. Pflicht aller organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen muß sein, sich an der Wahl zu beteiligen und ihre Stimme für die von den Ortsausschüssen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eingereichten Vorschlagslisten abzugeben.

Die stattfindenden Krankenkassenwahlen erhalten aber noch eine besondere Bedeutung dadurch, daß sie gewissermaßen für die weitere Entwicklung der Sozialversicherung einen neuen Zeitabschnitt einleiten. Fünfzig Jahre, ein halbes Jahrhundert, ist vergangen, seit in Deutschland die ersten zaghaften Schritte auf dem Gebiete der Sozialversicherung gemacht wurden. Bis zum Jahre 1876 war eine allgemeine Krankenversicherung in Deutschland nicht vorhanden. Den Gemeinden stand lediglich das Recht zu, durch Ortsstatut eine Gemeindekrankenversicherung zu errichten und die Arbeiter zum zwangsweisen Beitritt heranzuziehen. Von diesem Recht machten sie jedoch nur in sehr geringem Umfange Gebrauch. Im Jahre 1880 hatten nur 298 Gemeinden dahingehende Ortsstatute erlassen. Zudem waren die Leistungen der Gemeindekrankenversicherung äußerst mangelhaft. Neben ihnen bestanden noch Fabrikkrankenstellen, die aber ebenfalls den vorhandenen Bedürfnissen nicht genügen konnten. Ein sehr wesentlicher Teil der Arbeiterschaft war daher auf Selbsthilfe durch Errichtung eigener Krankenkassen angewiesen. Hier von wurde auch in umfangreichem Maße Gebrauch gemacht. Insgesamt gab es 1876 in Deutschland 6594 solcher freien Krankenkassen. Die Mehrzahl von ihnen, nämlich 5144, beschränkten sich aber lediglich auf die Gewährung von Sterbegeld. Wie bedeutungslos gegenüber den heutigen Verhältnissen diese Krankenversicherung war, geht daraus hervor, daß sämtliche Krankenkassen nur über 1,8 Millionen Mitglieder verfügten.

Zum Teil litt die Entwicklung der freien Krankenkassen daran, daß ihnen eine befriedigende Rechtsgrundlage fehlte. Diese wurde durch das Hilfskassengesetz vom 7. April 1876 geschaffen. Demnach erfüllten sich die darauf gegestzten Hoffnungen nicht. Das lag einerseits daran, daß ein Krankenversicherungszwang nicht bestand, andererseits die Versicherungsleistungen unzureichend blieben. Das Hilfskassengesetz bestimmte zwar, daß die Unterstützung für Männer mindestens die Hälfte, für Frauen mindestens ein Drittel des ortsüblichen Lohnes gewöhnlicher Arbeiter betragen sollte. Es gestattete aber, die Gewährung ärztlicher Behandlung und der Arzneien auf diese Unterstützung bis zu zwei Dritteln anzurechnen. Betrug also der ortsübliche Tagelohn an einem Orte 1,80 M., so genügte die Krankenkasse den gesetzlichen Anforderungen, wenn sie ihren Mitgliedern neben freier ärztlicher Behandlung und Arznei täglich 30 % Krankengeld gewährte. Eine Verringerung dieser Verhältnisse ließ sich auf die Dauer nicht umgehen. Unter dem Einfluß des Hilfskassengesetzes sowie der aufstrebenden Gewerkschaftsbewegung hatten auch die freien Hilfskassen einen gewissen Aufschwung zu verzeichnen, bis zum Jahre 1880 vermochten sie aber doch nur einen Mitgliederstand von 869 204 zu erreichen.

Das Krankenversicherungsgesetz vom 31. Mai 1883 führte die notwendige Verringerung herbei, indem es den Versicherungszwang für die gewerblichen Arbeiter festlegte. Wie wenig aber auch die dadurch neu geschaffenen Verhältnisse zu befriedigen vermochten, beweist die außerordentliche Zersplitterung des Krankenversicherungswesens, die zu jener Zeit vorhanden war. Im Jahre 1885 waren in Deutschland 18 942 Krankenkassen mit 3,7 Millionen Mitgliedern vorhanden. Bis zum Jahre 1891 stieg die Zahl der Krankenkassen sogar auf 21 498, die der versicherten Mitglieder auf 6,8 Millionen. Zweifellos war hiermit ein Fortschritt festzustellen, der insbesondere den unausgesehen Bemühungen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zu danken ist, die in immer wieder erneuten Vorstößen auf die Verbesserung der Krankenversicherung hinwirkten. Insbesondere gingen ihre Bestrebungen darauf hinaus, die Zersplitterung der Krankenkassen zu beseitigen und den Kreis der Versicherten zu erweitern.

In welchem Umfange ihre Bemühungen von Erfolg waren, zeigen die vorläufigen Zusammenstellungen über die Krankenversicherung im Jahre 1926, wonach insgesamt 7335 reichsgesetzliche Krankenkassen mit rund 19,1 Millionen männlichen und weiblichen Versicherten vorhanden waren. Die Zahl der Krankenkassen ist also gewaltig zurückgegangen, die der Versicherten um das Dreifache ge-

Bei den einsamen Männern in der Wassertüste.

Grau kriecht über Bremerhaven der Morgen des Spätschneitages herauf. Regen und Wind liegen in der Luft, die nach Seefalt, Tang und Fischen riecht. Es ist 6 Uhr morgens. Langsam legt der „Tonnendampfer Weser“ von der Oestekaj ab.

Bei Südwestwind geht es auf die Weser hinaus. Die Leuchtfeuer der Hafeneinfahrt blinken in den grautrüben Morgen. Einformig blinken Leuchtbojen auf und erlöschen wieder. Aus dem Hafen ragen die wuchtigen Formen des Riesendampfers „Columbus“ auf. Die ersten Möwen segeln hinter dem seewärts fahrenden Tonnendampfer her.

„Auf See gibt es keine Wegweiser“, sagt man scherzweise. Auf dem Ozean ist der Kapitän auf seine Navigationsinstrumente angewiesen. In der Nähe der Küste und an den Strommündungen aber gibt es alle Arten von „Wegweiser“: Leuchttürme, Feuerschiffe, Baken, Tonnen und Bojen. Sie zeigen bei Tag und bei Nacht den Schiffen den Weg zum sicheren Hafen oder ins offene Fahrwasser. Von Zeit zu Zeit müssen alle diese Seefahrtszeichen, die dauernd der Gewalt der Wogen und der zerstörenden Einwirkung des scharfen Seewassers ausgesetzt sind, kontrolliert, repariert oder erneuert werden. Auch müssen die Mannschaften der Feuerschiffe und Leuchttürme draußen in der Wassertüste abgelöst beziehungsweise mit neuem Proviant versorgt werden. Dazu ist der Tonnendampfer da.

Die meisten Passagiere an Bord des Tonnendampfers sind Feuerschiff- und Leuchtturmwärter, die zur Ablösung hinausfahren. Es sind Seelen mit strammem, ernstem Gesichtsausdruck. Ihr Beruf, draußen monatelang in der Ein-

samkeit zu sein, hat die meisten von ihnen schweigsam gemacht. Sie sprechen nur das Notwendigste miteinander, und sonst schweift ihr Blick über das Wasser hinweg. Nur schwer bringt man sie zum Sprechen; oft muß man ihnen jeden Satz aus dem Munde holen.

Ein recht wenig beneidenswertes Leben, das sie draußen auf dem Wasser führen! Acht Wochen lang müssen sie auf ihrem für die Schifffahrt so wichtigen Posten an Bord des ewig schaukelnden, vor Anker liegenden Feuerschiffes, oder auf dem winzigen Raum des Leuchtturms bleiben. Alle vier Stunden müssen sie Wache tun, den Signaldienst für die Schifffahrt wahrnehmen. Wenn die acht Wochen herum sind, und der Tag der Ablösung da ist, dann erhalten sie 4 Wochen Urlaub, werden — soweit das möglich ist — an Land gefahren und können bei ihren Familien bleiben, bis es wieder zurückgeht zur „Oase“ in der Wassertüste. Die Ablösung ist bei stürmischem Wetter oft mit Lebensgefahr verbunden.

Das erste Ziel unserer Fahrt taucht vor uns auf und wird angesteuert: Feuerschiff Bremen. Der Wellengang ist lebhafter geworden, der Tonnendampfer macht die ersten herzhaften Auf- und Abbewegungen. Die ersten Spritzer gehen über Deck. Wenige hundert Meter trennen uns von dem Feuerschiff, wo die Mannschaft ein kleines Ruderboot karmacht und zu Wasser läßt. Das Boot tanzt auf und ab und die vier Mann, die vom Feuerschiff abgelöst werden sollen, müssen sich mit ganzer Kraft in die Riemen legen, um die Ruckschale vom Fleck zu bringen. Schließlich haben sie unsern Dampfer erreicht. Jetzt heißt es aufpassen, daß Dampfer und Ruderboot, die beide hin- und hergeworfen werden, nicht zusammenprallen. Der Zeitraum zwischen

zwei Wellenstößen muß benutzt werden, um Koffer und Gepäck der Abgelösten an Bord des Dampfers zu reichen. Mit großer Geschicklichkeit verläßt einer nach dem andern das Boot und in wenigen Augenblicken ist die Ablösungsmannschaft mit dem Gepäck im Boot. In Rufen, Rufen, Fluchen und Schreien wandern dann noch die Proviantvorräte ins Boot. Raum ist alles übernommen — „Ratsch!“, da zieht ein Spritzer über den Bootsrand weg. Rasch legt das Boot ab und wieder müssen die Leute schwer arbeiten, bis sie beim Feuerschiff sind. Die Ablösung ist glücklich beendet. Ein Handwinken hinüber und herüber — langsam setzt unser Tonnendampfer die Fahrt fort.

Nur zum Rotefand-Leuchtturm! Die „Leichten Winde“ haben sich allmählich zum Sturm ausgewachsen. Die Wellen gehen höher, ihre Schaumkronen werden größer und wenn der spitze Bug des Schiffes in einen Wellenberg hineinschneidet, schlägt das Wasser mit voller Wucht über dem Vorderdeck zusammen. Hier kann sich schon seit langem niemand mehr aufhalten. Ich habe mir einen günstigen Platz mittschiffs auf dem Steuerhaus ausgesucht, wo die Schiffschwankungen verhältnismäßig am geringsten sind. Hier oben heult und pfeift der Wind in der Takelage und preßt alle Kleidungsstücke dicht an den Leib. Windstärke 9!

Endlich ist der Rotefand-Leuchtturm erreicht. Es dauert längere Zeit, bis sich der Dampfer in genügender Nähe des Turmes manövriert hat. Etwa 20 Meter vom Turm ab geht der Dampfer vor Anker. Weißer Gischt spritzt an dem schwarzen Turmsockel hinauf, wenn sich die Wellen brechen. In der geöffneten Tür des Leuchtturms stehen schon die Leuchtturmwärter. Rasch wird vom Leuch-

stiegen. Von den Versicherten gehören 12,7 Millionen den Ortskrankenkassen an, deren Zahl 2181 beträgt, gegenüber 12 364 Orts-, Bezirks- und Gemeindefrankenkassen im Jahre 1891. Daneben bestehen noch 432 Landkrankenkassen mit 2, 4142 Betriebskrankenkassen mit 3,1, 782 Innungskrankenkassen mit 0,46 und 18 Knappschafts-krankenkassen mit 0,75 Millionen Mitgliedern. Eine Notwendigkeit für ein Nebeneinanderbestehen dieser verschiedenen Krankenkassenarten liegt natürlich heute ebensowenig vor, als in den Anfängen der Krankenversicherung. Es bedeutet nach wie vor eine Zersplitterung der Kräfte wie der Mittel und beeinträchtigt die Leistungsfähigkeit der Krankenkassen in sehr erheblichem Maße. Bis jetzt sind aber die Bemühungen der Gewerkschaften wie der Sozialdemokratie auf eine weitere Zusammenfassung der Krankenkassen und die endgültige Vereinheitlichung der Krankenversicherung an dem Widerstande der Unternehmer und leider auch an der Gleichgültigkeit der Arbeiter gescheitert. Als besonders überflüssig ist das Bestehen der Betriebs- und Innungskrankenkassen zu betrachten, deren Beibehaltung das Unternehmertum lediglich wegen kleinlicher Vorteile mit allen Mitteln zu verhindern sucht.

Gleich wie die Entwicklung der Krankenversicherung in fortschrittlichem Sinn vor sich ging, haben sich auch ihre Leistungen ganz wesentlich erhöht. Diese beschränken sich längst nicht mehr nur auf die Gewährung unentgeltlicher Heilbehandlung, Arznei, Krankengeld und Sterbegeld in niedriger Höhe und für die kurze Zeit von 13 Wochen. Die Mindestgrenze der Kassenleistungen ist auf 26 Wochen festgesetzt und verlängern sich diese bis zu einem Jahre. Krankengeld und Sterbegeld haben eine beträchtliche Erhöhung erfahren. Während der Krankenhausbehandlung erhielten früher die Familienangehörigen nichts. Jetzt muß ihnen ein Hausgeld bewährt werden. Die Heilbehandlung beschränkt sich nicht mehr nur auf Krankenhäuser, sondern erfolgt auch durch Einweisung in Sanatorien, Rekonvaleszenten- und Erholungsheime. Neben Arznei werden in erheblichem Umfange Heilmittel und Nährmittel gewährt. Auch die Familienangehörigen sind weitgehend in die Heilbehandlung einbezogen. Ferner kommt hinzu die Schwangeren-, Wöchnerinnen- und Säuglingsfürsorge, Zahnbehandlung usw.

Ein ähnlicher Fortschritt ist in den Verhältnissen der Invaliden- und Unfallversicherung festzustellen, die bekanntlich mit der Krankenversicherung in engster Verbindung stehen. Alle diese ganz augenfälligen Vorteile wurden aber nur dadurch erzielt, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie den Einfluß der organisierten Arbeiterschaft in der Sozialversicherung forciert zu erweitern bestrebt gewesen sind und ihr gegen den hartnäckigen Widerstand der Unternehmer ein Mitwirkungsrecht in der Verwaltung dieser Versicherungszweige erkämpften. Auch jetzt sind die Verhältnisse der Versicherungen auf Grund der geltenden Vorschriften der Reichsversicherungsordnung keineswegs ideal. Sie können noch wesentlich verbessert werden, aber nur dann, wenn die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen von den ihnen zustehenden Rechten vollen Gebrauch machen. Hierzu gehört, daß sie an der Wahl der Ausschüsse zu den Krankenkassen teilnehmen, im übrigen aber durch ihren Beitritt zu den Gewerkschaften und zur Partei diese in den Stand setzen, noch nachdrücklicher als bisher für die weitere Ausgestaltung der Sozialversicherung einzutreten.

Reallohn und Zollpolitik.

Beide Begriffe stehen miteinander in enger Wechselbeziehung. Die Höhe des Reallohnes oder anders ausgedrückt, die Kaufkraft unseres Lohnes hängt von den Preisen der Waren ab, die zur Lebenshaltung gebraucht werden. Und eben auf diese Preise ist die Zollpolitik von großem Einfluß. Daraus erklärt sich auch das große Interesse, das die Gewerkschaften den Zollfragen entgegenbringen und ihr Bestreben, an den Handelsvertragsverhandlungen mitzuwirken.

Zölle sind, wie so manches in der Wirtschaftspolitik, ein zweiseitig scharf geschliffenes Schwert. Bezüglich ihrer innerstaatlichen Wirksamkeit unterscheidet man in der Regel Finanzzölle und Schutzzölle. Der Finanzzoll, der nur deshalb erhoben wird, um dem Staatshaushalt eine Einnahmequelle zu sein, dessen wahrer Zweck also nur ein etatspolitischer ist, gilt heute unter den europäischen

Staaten als unfair, als ungebrauchlich. Nicht so der Schutz Zoll. Dieser wird erhoben, um, wie sein Name schon sagt, etwas zu schützen; nämlich die heimische Industrie und die von ihr lebende Industriearbeiterschaft, wie das Schlagwort sagt: die „nationale Arbeit“. Diese soll geschützt werden vor der ausländischen Konkurrenz. Das spielt sich so ab, daß die niedrigen Auslandspreise durch den Zoll erhöht werden und dann auch das Inlandsgewerbe zu hohen Preisen verkaufen kann. Hier zeigt sich aber schon die Rehrseite der Medaille. Die hohen Preise für die Inlandsprodukte schädigen den Verbraucher und bedeuten für den Arbeiter, wie schon erwähnt, eine Minderung seines Reallohnes.

Diese aber zu verhüten, im Gegenteil eine Steigerung des Reallohnes der Arbeiterschaft zu bewirken, ist gewerkschaftliche Aufgabe. Die freien Arbeitnehmerverbände sind deshalb grundsätzliche Zollgegner. Freilich tragen sie als Menschen, die mit den realen Verhältnissen rechnen müssen, dem Umstand Rechnung, daß eine Umstellung vom Schutzsystem zum völligen Freihandel nicht über Nacht erfolgen kann. Aber ihrer Grundeinstellung nach befürworten sie den hemmungslosen Güterauskauf zwischen den einzelnen Staaten. An der Idee des Schutzes der nationalen Arbeit mag, theoretisch gesehen, manches gut und einleuchtend sein, aber in der Praxis hat sich doch herausgestellt, daß, wenn der Schutz zum Schutz erst einmal getan ist, zwangsläufig immer weitere folgen. Welcher Gewerbezweig hätte in dieser Beziehung wohl keine Wünsche? Aber der Leidtragende bei diesem Spiel wäre die Arbeiterschaft. Und noch mehr, sie ist es bis in die jüngste Zeit gewesen, weil in den letzten Jahren alle Zollfragen von Regierungen erledigt worden sind, denen arbeitnehmerfreundliche Einstellungen nicht nachgerühmt werden kann, wohl aber eine starke Berücksichtigung schweizerischer und großagrarischer Interessen. An den letzteren, den Lebensmittelschützern, trat die Schädigung der Arbeiter- und Verbraucherschaft besonders klar zutage.

Während des Krieges waren für die meisten Lebensmittel die im Zolltarif von 1902 festgelegten Sätze aufgehoben. Um zu verhindern, daß diese hohen Sätze, die automatisch wieder in Kraft getreten wären, bei dem Neuaufschluß von Handelsverträgen ein allzu großes Hindernis sein konnten, wurde im Jahre 1925 die sogenannte kleine Zolltarifnovelle geschaffen. Für Getreide und Lebensmittel waren erniedrigte Sätze vorgegeben, die bis zum 30. Juni 1926 gelten sollten. Nach ausdrücklichen Erklärungen waren sie als Verhandlungssätze bei Handelsvertragsverhandlungen gedacht. Aber schon beim ersten Vertragsabschluß, der für die folgenden richtunggebend war, nämlich bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Schweden, zeigte sich, daß man ganz andere Wege ging, als vorher in der Begründung angegeben wurde. Von Schweden führen wir so gut wie kein Getreide und auch nur sehr wenig Lebensmittel ein. Die deutschen Unterhändler stießen deshalb nicht auf große Schwierigkeiten, als sie die Zollsätze für Roggen von 3 auf 5 M, für Weizen von 3,50 auf 5 M, für Gerste von 2 auf 3 M, für Hafer von 3 auf 5 M und den Mehlsatz von 8 auf 12,50 M erhöhten.

Ende Juli dieses Jahres lief nun die vorläufige Zolltarifnovelle vom August 1925 ab. Da mit vielen Ländern noch kein Handelsvertrag zustande gekommen war, wurde ihre Verlängerung notwendig. Und hier kam der Hauptstoß der großagratischen Interessengruppe. Anfang des Jahres trafen die Deutschnationalen in die Reichsregierung ein und erwählten sich Herrn Schiele zum Anwalt ihrer Interessen. Die Reden auch deutscher Minister gegen die Zollfragen auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf waren kaum verklungen. Aber das hinderte die deutschnationalen Ministerkollegen nicht, bei der Neubearbeitung der Zolltarifnovelle, die eigentlich nur eine Verlängerung des Gesetzes von 1925 sein sollte, mit Zollwünschen hervorzutreten, aus denen klar ersichtlich wurde, daß man nicht aus Sympathie zum Staate und seinen Farben in die Regierung eingetreten war.

Daß von einer so zusammengesetzten Regierung Zoll-erhöhungen in solchem Ausmaße vorgeschlagen wurden, nahm freilich wenig wunder. Das traurige war nur, daß durch Billigung der Parlamentsmehrheit alle diese Wünsche auch Gesetz wurden. Der Kartoffelzoll wurde von 50 J auf 1 M pro Doppelzentner erhöht. Am 1. Dezember dieses Jahres wird der erhöhte Zollsatz

in Kraft treten, trotzdem infolge ungenügender Ernte der Kartoffelpreise schon weit über das normale Maß hinaus gestiegen ist. Noch rigorosier ist die Erhöhung des Zolles für Schweinefleisch. Hierfür galt bis dahin ein ermäßigter Zollsatz von 21 M für den Doppelzentner. Diese Ermäßigung wurde außer Kraft gesetzt, so daß jetzt der im schwedischen Handelsvertrag festgelegte Zollsatz von 32 M für den Doppelzentner wirksam wird. Aber noch mehr. Es wird gewiß niemand von der Bürgerblockregierung verlangen, daß sie dem Verbraucher das Leben verflücht. Sie hat zweifellos zuerst so getan, als sie nämlich eine Herabsetzung der Zuckersteuer vornahm. Der Verbraucher kam aber nicht in den Genuß dieser süßen Maßnahme, denn zum Ausgleich dafür wurde eine Erhöhung des Zuckerzolles von 10 auf 15 M für den Doppelzentner beschloffen.

Es erübrigt sich eigentlich, nach dieser Darstellung zu sagen, wie sich die durch die Zollerhöhungen eingetretenen Preissteigerungen für Roggen, Weizen, Gerste, Mehl, Kartoffeln, Schweinefleisch und Zucker auf den Arbeiterhaushalt auswirken. Nur das Ausmaß der Zenerung sei erwähnt. Es gibt, um diese zu messen, ein leidlich funktionierendes Barometer. Gemeint ist damit die Gruppe „Ernährung“ im amtlichen Lebenshaltungsinde-
x. Wir sehen da von Anfang 1924 bis Juli 1927 eine Steigerung von 141,1% auf 156,8%.

Was gibt es nun für uns Gewerkschafter zu tun, um einem weiteren Steigen dieser Kurve, die für uns eine Senkung des Reallohnes bedeutet, entgegenzuwirken. Es gibt da zwei Wege, einen politischen und einen gewerkschaftlichen. Als politisches Gegenmittel, das uns hier aber weniger interessieren soll, mag der Stimmzettel gelten, der nächstes Jahr bei der Reichstagswahl in die Urne geworfen wird. Der gewerkschaftliche Weg kann schon heute und alle Tage beschritten werden. Die geschilderten Zollerhöhungen und die ihnen gefolgte Preis-erhöhungen haben der Landwirtschaft erhebliche Gewinne eingetragen. Es ist anzunehmen, daß dafür in größerem Umfange Industrieerzeugnisse gekauft werden. Das wiederum bedeutet gesteigerte Geschäftstätigkeit und daraus resultierend erhöhter Gewinn für die Industrie. Hieran kann nun die gesamte Arbeiterschaft beteiligt werden. Aber das wird nur dann der Fall sein, wenn starke Gewerkschaften vorhanden sind, die die erhöhten Unternehmergewinne in Lohnerhöhungen für die Arbeiterschaft umzusetzen vermögen. Das ist der gewerkschaftliche Weg zur Erhöhung des Reallohnes trotz unglücklicher Zollpolitik.

F. V.

Verbandsnachrichten.

Unsere Lohnbewegungen.

Gesperff ist der Brückenneubau in Bug bei Bamberg.

*

Allgemeinverbindlicherklärung des Bezirksarbeitsvertrages für Westdeutschland. Nach einer Mitteilung des Reichsarbeitsministers vom 3. Nov. 1927, Aktenzeichen III A 4080/36 Tar., ist der am 12. April 1927 abgeschlossene Bezirksvertrag, ergänzt durch Abkommen vom 1. Juli 1927 für den Kreis Olpe, mit Wirkung vom 1. Sept. 1927 für allgemeinverbindlich erklärt. Der berufliche Geltungsbereich umfaßt die im Reichsarbeitsvertrage für das Baugewerbe vom 30. März vorgegebenen Berufsgruppen. Der räumliche Geltungsbereich des für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrages erstreckt sich über folgende Gebiete:

Regierungsbezirk Arnberg, mit Ausnahme der Kreise Schwelm, Siegen und Wittgenstein; Regierungsbezirk Münster, mit Ausnahme des Kreises Tecklenburg; Kreis Grafschaft Bentheim von der Provinz Hannover; vom Regierungsbezirk Minden die Kreise Bielefeld und Paderborn; vom Regierungsbezirk Düsseldorf die Kreise Rees, Moers, die Stadt- und Landkreise Duisburg, Hamborn, Dinslaken, Sterkrade, Oberhausen, Mülheim a. d. Ruhr, Essen und aus dem Landkreis Düsseldorf die Bürgermeisterei Angermund, mit Ausnahme der Orte Angermund und Eintorf; vom Regierungsbezirk Köln der Kreis Gummersbach.

Die Ausdehnung der Allgemeinverbindlichkeit auf den Kreis Tecklenburg bleibt vorbehalten.

turm aus eine Leine an Bord des Dampfers geworfen und mit einem starken Seil zwischen dem Turm und dem Ladebaum des Dampfers eine Verbindung hergestellt. An diesem Seil gleitet jetzt aus der Turmluke ein kleiner runder Korb an Bord des Tonnendampfers. Als erster klettert der Oberaufseher in den Korb, worin man nur in der Kniebeuge hocken kann. Ein Koffer wird noch hinzugepackt. Dann zieht die Ladewinde des Dampfers an und im Nu ist der Korb in Höhe der Turmluke und wird mit einem Leifseil in den Turm hineingezogen. Als zweiter Mann werde ich auf den Turm befördert und als dritter folgt ein alter ehemaliger Leuchtturmwärter, der 32 Jahre lang auf dem Rotfand-Leuchtturm Dienst getan hat und jetzt noch alljährlich einmal seine alte „Heimat“ besucht.

Allzu lange darf mein Besuch auf dem Leuchtturm nicht dauern. Also rasch umgeschaut! Im untersten Raum ist die Pegelwahr untergebracht, die automatisch den Wasserstand registriert. Auf seitlicher Wendeltreppe geht es ins nächste Stockwerk, den gemeinsamen Schlafraum, wo an der runden Turmwand die Betten übereinander als Alkoven angebracht sind. Das folgende Stockwerk ist die Küche, wo gemütlich der Teekessel auf dem Herd summt, und die nächste Treppe führt ins Telegraphenzimmer. Von hier aus wird bei Tage jedes aus- und einkommende Schiff von den Leuchtturmwärtern mit scharfen Gläsern festgestellt und dann nach Bremerhaven telegraphische Meldung erstattet. Durch Kabelleitung ist der Leuchtturm mit dem Festland verbunden. Dann ist da noch der Radiolautsprecher — der beste Kamerad bei dem Kampf gegen die Langeweile. Mit ihm können sich die einsamen Männer vortäuschen, daß sie „unter Menschen“ sind. Besonders in den kalten Winter-

monaten, wenn die Stürme so wütend gegen den Turm anrennen, daß drinnen die Kuppel der Petroleumlampe leise klirrt, ist der Rundfunk hier ein wahrer Freudenpendler. Der von seiner Basis aus 52,3 Meter hohe Leuchtturm wird gekrönt durch die sogenannte Laterne, von wo aus während der Dunkelheit das durch Prismen gewaltig verstärkte Lichtglitz 15 Seemeilen im Umkreise hinausgeschleudert wird, also annähernd 30 Kilometer weit sichtbar ist. Ein starkes Uhrwerk bewirkt das Aufblitzen und Verlöschen des Lichtes, indem Metallstreifen von Zeit zu Zeit das Licht verdecken. Als ich auf die sturmumtobte Galerie des Turms heraustrete und zu dem schaukelnden Dampfer hinunterblicke, ist es auch schon Zeit, wieder an Bord zurückzugehen.

Ein kräftiger Händedruck zum Abschied von den Leuchtturmwärtern, die nun acht Wochen lang in ihrem eisernen Gefängnis sitzen müssen — und dann gleitet der Korb wieder an Bord zurück. „Weiser“ lichtet seinen Anker, und weiter geht die Fahrt seewärts, während man sich vom Leuchtturm und Schiff noch den letzten Gruß zuwinkt.

Der Kampf des Dampfers gegen die Wellen, die ihn von vorne treffen, beginnt von neuem. Der Sturm scheint stärker geworden zu sein. Immer größere Wassermassen prasseln auf Vorder- und Hinterdeck nieder und selbst bis zu unserm höchsten Stand spritzt der Gischt herauf und durchdringt uns bis auf die Haut.

Fast zwei Stunden dauert die Fahrt vom Leuchtturm zu dem etwa 20 Kilometer entfernten Feuerschiff Weiser, das ungefähr nördlich vor der Insel Wangeroog liegt. Kapitän und Feuermann fragen sich: „Wird bei dem Wetter die Ablösung gelingen?“ Wieder wird ein winzig kleines Boot zu Wasser gelassen; wieder kämpft in wildem Auf und

Ab eine Mannschaft gegen die Wogen. Bange Minuten vergehen, ehe sich die Schiffer an die Steuerbordseite unseres Dampfers herangearbeitet haben. Die Situation ist hier gefährlich. Der Vordrand des hin- und herbankelnden Tonnendampfers droht das Boot zu zermalmen, das immer wieder vom Schiffsrand abgestoßen werden muß. Endlich gelingt es einem der Schiffer, sich mit Mühe und Not am Dampfer festzuklammern und an Bord zu klettern. Ein Spiel mit dem Leben! Im selben Augenblick geht eine Welle über das Boot hinweg und durchdringt die Schiffer in ihren „Landanzügen“ bis auf die Haut; das Gwack der Schiffer im Boot schwimmt fast im Wasser. Eidiich muß der Versuch der Ablösung aufgegeben werden und die Leute können froh sein, daß sie noch heil wieder an Bord des Feuerschiffes kommen. Mit ihrer wohlverdienten Ablösung ist es nichts. Wenn das Wetter ruhiger geworden ist, wird der Tonnendampfer am nächsten Tag wieder kommen. Ob sie dann mehr Glück haben?

Eigentlich sollte jetzt noch das dritte Bremer Feuerschiff, Nordernen, zur Ablösung angefordert werden. Aber dort wird das Ein- und Ausbooten vollends unmöglich sein. So entschließt sich dann die Schiffsleitung zur Umkehr. Das Schiff nimmt entgegengesetzten Kurs als vorher — ein paar Männer draußen auf der Wasseroberfläche haben sich zu früh auf die Heimkehr gefreut.

Nach elstündiger Fahrt legt abends der Tonnendampfer wieder in Bremerhaven an. Eine Fahrt voller spannender Eindrücke und schöner Bilder, die aber auch die Gefährlichkeit des Seemannsberufes zeigte, ist zu Ende.

Ha. Ha.

